

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Raden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto:  
Gedr. Krenzsch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Litke

Zeitungsentgelt: Einzelnummer 10 Pf., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250, — Pf., Einzelnummer 200, — Pf., Gesamtdrucknummer 230, — Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.  
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die vierzeilige Komposition 400, — Pf., auswärts 500, — Pf., die halbe Komposition 200, — Pf., auswärts 300, — Pf., Ausland 2400 u. 7500 Pf. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen: 50 Pf. u. 100 Pf. pro Zeile. Bild- u. Fotoanzeigen: 40 Pf. pro Bild. Bild- u. Fotoanzeigen: 40 Pf. pro Bild. Bild- u. Fotoanzeigen: 40 Pf. pro Bild.

Nr. 74

Dresden, Mittwoch den 28. März 1923

34. Jahrg.

## Landwirtschaft und Industriekrise

Die industrielle Abwärtsentwicklung, die bei einer Stabilisierung der Markt von allen Seiten erwartet wurde, greift verhältnismäßig schnell auch auf denjenigen Teil der industriellen Produktion über, der der konstanten Schicht des deutschen Volkes dient, der Landwirtschaft. In der Metall-Industrie sind Betriebsbeschränkungen bereits im Gange. Ein gleiches Schicksal droht der Stickstoffindustrie.

Die Landwirtschaft nimmt augenblicklich so gut wie gar keinen Stickstoff vom Ausland ab. Stickstoffstreife führen diese anfallende Erfindung darauf zurück, daß die Landwirtschaft sich im vorausgehenden halben Jahr über den notwendigen Bedarf hinweg eingedeckt hat, daß sie jetzt infolgedessen warten kann, bis der amtlich proklamierte, praktisch aber bisher wenig spürbare Preisabbau eintritt. Dem Stickstoff nachstehenden Industriekrisen und Wirtschaftskrisen sind überhaupt der Meinung, daß der nutzbar zu verwertende Bedarf an Stickstoff bei der deutschen Landwirtschaft nur rund 320 000 bis 350 000 Tonnen beträgt, während die Landwirtschaft ihrerseits ihre Aufnahmefähigkeit auf 600 000 Tonnen beschränkt. Aus diesen gegenseitigen Rückschlüssen ergibt sich von vornherein auch eine gegenläufige Auffassung von der Ursache und der Wirkung der Krise. Die Landwirtschaft glaubt, daß es sich nur um eine Geldfrage handelt. Die augenblicklichen Kreditverhältnisse machen es ihr unmöglich, den verhältnismäßig hohen Stickstoffpreis anzulegen. Die Industrie dagegen ist der Auffassung, daß der bisher gekaufte Stickstoff tatsächlich nicht durchweg verwendet worden ist, sondern zu einem erheblichen Teil mit dem Ziele der Werterhaltung gekauft wurde, um in den jetzigen Frühjahrsmonaten ausgeteilt zu werden, so daß das Stocken der Nachfrage zu einer sonst ganz ungewöhnlichen Zeit sich erklären würde.

Der ganze Streitfall ist nicht nur von akademischer Bedeutung. Die Frage der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung ist keineswegs nur eine Angelegenheit der Landwirtschaft selbst, sondern in hervorragender Weise eine Verbraucherfrage. Deshalb hat auch die Arbeiterkassette sich ausgiebig mit diesem Problem beschäftigt, und die Sozialdemokratie war es, die durch ihren Vertreter Otto Braun ein landwirtschaftliches Produktionsprogramm bereits aufstellte, ehe der Landbund seine lange Zeit recht unklaren Forderungen in programmatische Form gebracht hat. Wenn jetzt die Stickstoffindustrie Absatzverhältnisse ausgelegt wird, so werden nicht nur zehntausende von Arbeitern vor die Wahl der Beschäftigungslosigkeit gestellt, sondern ein großer Teil des deutschen Bodens muß vielmehr nicht genügend ausgenutzt bleiben, eine geringere Lebensmittelmenge später dem Markt zur Verfügung stehen. Das heißt endlich, daß dadurch die Nahrungsmittelpreise künstlich hochgehalten werden.

Das Stickstoffdefizit hat, um seine Schwere zu verdeutlichen, eine Reihe von Pressevertretern zur Besichtigung des Neumarktes eingeladen und dieses monumentale Werk deutscher Technik, das jetzt allein rund 15 000 Arbeiter zu beschäftigen vermag sowie seine Produktionsfähigkeit noch weiter zu steigern im Begriff ist, in voller Tätigkeit gezeigt. Ein gewisser Produktionsausfall droht allerdings abzuweichen, nachdem durch die Beschlagnahme der Kohle im besetzten Gebiet dem Schwerepunkt von Leuna, der Bodischen Anilin- und Sodafabrik in Oranienburg, die Arbeitsmöglichkeit entzogen wird. Immerhin ist die Nachfrage derart zurückgegangen, daß jetzt bereits — genau wie in der Metallindustrie — die Lagerbestände im Steigen sind und daß die Industrie fürchtet, sich einem unvorantastlichen Risiko auszuweichen, wenn sie die Produktion in dem bisherigen Ausmaß fortsetzt.

Wir liegen die Dinge in Wirklichkeit? Sowohl nach Auffassung der Landwirtschaft wie nach der der sozialistischen Agrarpolitiker ist die Landwirtschaft tatsächlich für Stickstoff bedeutend stärker aufnahmefähig als je. Ganz abgesehen davon, ob sich nicht auch das Fehlen der Phosphorsäure bis zu einem gewissen Grade durch die erhöhte Anwendung von schwefelsaurem Ammoniak wettmachen läßt — diese wissenschaftliche Frage scheint noch nicht ganz geklärt zu sein —, erhöhen die Fortschritte zahlreicher Wissenschaftler und namhafter Landwirte, daß der Stickstoffverbrauch zum Nutzen der landwirtschaftlichen Produktion an Getreide etwa auf das Anderthalbfache der augenblicklich zur Verfügung stehenden Produktionsmenge gesteigert werden kann. Gewiß setzt sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit ausgiebiger künstlicher Düngung gegen die vielen Vorurteile, die gegen sie bestehen, nur allmählich durch. Aber gerade darum wäre es erwünscht gewesen, wenn man jetzt einen gewissen Grund auf die Landwirtschaft zu erhöhtem Verbrauch von Stickstoff ausgedehnt hätte, wie es die sozialistischen Vorschläge durch die Verbindung von Stickstoff-Erklärungen des Reiches gegen Umlagegetreide vorsehen. Normal ist die Frage noch nicht entschieden. Endlich liegen aber die Verhältnisse so, daß man mit der üblichen häuslichen Mehrheit, die sich in der letzten Zeit immer wieder ergeben hat, die freie Getreidewirtschaft durchsetzen will.

Es wäre gerade für die bürgerlichen Parteien Zeit, sich die Erde noch einmal zu überlegen. Durchaus unüberwindlich ist, daß die Landwirtschaft sämtliche flüssigen Mittel in Düngemitteln angelegt hat. Dafür spricht vor allem die Tatsache, daß sie sowohl Kali wie Stickstoff in großen Mengen zu erheblich niedrigeren Preisen bezogen hat als die jetzt gültigen, die immer zum Beweis der ungeheuren landwirtschaftlichen

Produktion angeführt werden. Außerdem besitzt die Landwirtschaft schon die Möglichkeit, große Summen flüssig zu machen, indem sie ihr Getreide auf den Markt bringt. Aber hier ist der wunde Punkt der ganzen Rechnung. Man hat die Vorteile zu gründlich den Kurstücken lesen gelernt, als daß sie jetzt nicht auch die Konsequenzen aus der Lage zögen. Alle Welt denkt an, daß die Stabilisierung des Dollars nicht völlig dauern könne. In der Zeit der Ernte pflegen ohnehin auch bei stabiler Währung die Getreidepreise zu steigen. In den letzten Wochen stand der Getreidemarkt unter einem gewissen Druck durch Zwangsverkäufe von Händlerfirmen. Die Landwirte können also höhere Preise für ihr freies Getreide erwarten, müssen aber auf der anderen Seite mit einer Senkung der Kali- und Stickstoffpreise rechnen. Sie müssen ihren eignen Grundbesitz von Wirtschaftlichkeit ins Gesicht schlagen, wenn sie in diesem Augenblick Kunststoffe kaufen wollen.

Diese Kunst muß überbrückt werden. Das wäre gegeben, wenn das Reich für einen Teil der künftigen Ernte den Landwirten Stickstoff gegen Getreide in einem bestimmten Wertverhältnis abliehe. Würde sie die Agrarier vor der Gefahr von Verlusten schützen, so könnte sie unbehindert um den künftigen Getreidepreis und den künftigen Stickstoffpreis über die Anbaufähigkeit und die Verwendung von Kunststoffen verfügen. Dadurch, daß der Markt für diese beiden Waren getrennt entgegengesetzte Preisbewegungen zeigt, wertet jeder und bedroht damit in gewissem Grade die künftige Ernte.

Daß darüber hinaus noch Wege gefunden werden müssen, um eine gewisse Erleichterung der Lage herbeizuführen, liegt auf der Hand. Es wäre jedoch nicht unbedenklich, diese etwa durch Exporterleichterungen anzustreben. Wir brauchen eben den Stickstoff für die inländische Produktion. Erzeuger und Verarbeiter müssen sich nur auf einer mittleren Linie treffen. Dazu ist notwendig, daß sowohl die Kali- wie die Stickstoffindustrie zunächst ihre Preise, soweit als nur möglich, herabsetzen, um sie dann für längere Zeit zu halten. Dann aber muß durch behördliche Eingriffe versucht werden, die Verwendung von Stickstoffdüngern gerade jetzt in der Düngungsperiode anzuregen.

## Noch kein Weg zu Verhandlungen

### Erklärungen der deutschen Regierung

Berlin, 27. März. Der Auswärtige Ausschuss verhandelte heute auf Verlangen der Sozialdemokraten über die politische Lage. Bisherige Nachrichten über die politischen Verhältnisse in Frankreich sind im wesentlichen durch folgende Mitteilungen: An Stelle des erkrankten Reichsministers sprach Reichsminister des Innern Dr. v. Rosenfeld. Er wies an der Hand amtlicher Dokumente nach, einen deutschen Reparationsplan der dort vom 2. bis 6. Januar tagenden Konferenz der Reichspräsidenten schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern. Zum Vorschlag des Staatssekretärs Hughes erklärte der Reichsminister: Die deutsche Regierung halte den von Hughes gemachten Weg für gangbar und glaube, daß das Ziel nicht nur der nächstbeteiligten Mächte, sondern eines großen Teiles der Welt davon abhängt, daß dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten werde. Nach Ansicht der Regierung sollte die von Hughes vorgeschlagene internationale Kommission von Geschäftsführern oder ein ähnliches sachverständiges und unparteiisches Gremium, an dem Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, möglichst bald zusammentreten und folgende Fragen beantworten:

1. Was hat Deutschland bisher geleistet? 2. Was kann und soll Deutschland gerichtsweise noch leisten? 3. Auf welche Weise können diese Leistungen herbeigeführt werden? Würde dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen Begebung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, die von Deutschland mit jeder von dem Anleihekonjunktum als nötig bezeichneten Sicherheit auszustatten und an Frankreich oder die Alliierten als sofortiger Darlehenszuschuß zu behandeln sein würde. Die Regierung sei überzeugt und würde erforderlichenfalls durch geeignete Maßnahmen auch in gesetzlicher Form dafür sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Gefährliche zurückgeführten deutschen Reparationspflicht stellen. Die deutsche Regierung habe im Laufe der diplomatischen Konversation die wichtigsten, am Schicksal Europas interessierten, aber nicht unmittelbar am Konflikt beteiligten Mächte, ohne Anträge zu stellen oder Wünsche zu äußern, von dieser Anschauung in Kenntnis gesetzt. Sie habe aber gleichzeitig auf die Schwierigkeiten des Problems hingewiesen, wie Deutschland Sicherheit dafür beschaffen werden könne, daß die über den Vertrag von Versailles hinausgehenden Gebiete geräumt und vertragsgemäße Zahlungen im Rheinlande wiederhergestellt würden. Auch sehe die Reichsregierung keine Möglichkeit, daß das deutsche Volk seine einzige Waffe, den passiven Widerstand, aus der Hand legen könne, ohne daß auch der Gegner sich auf die Linie des Status quo ante (des vorherigen Zustandes) zurückziehe. In der von Frankreich in der letzten Zeit in den Vordergrund geschobenen Frage der politischen Sicherheiten verweist der Reichsminister auf den deutschen Vorschlag eines Rheinlandpaktes sowie auf Gebiet und Frieden stiftende Vereinbarungen, die auf dem Boden der Gegenseitigkeit aufgebaut sein müßten.

Abgeordneter Müller, Franken (Sg.), sprach in der Debatte und erklärte, weshalb der Zusammentritt des Anschlusses von den Sozialdemokraten beantragt worden sei. Er ersuchte um Erklärungen über einige Stellen aus der Münchener Rede des Reichsministers. Vor allem erwähnte die Sozialdemokratie eine Präzisierung der These, die vom Reichsminister in München aufgestellt war:

### Entwurf für das Heimarbeiter-Lohngesetz

Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt dem Reichstag den Entwurf über das Heimarbeiter-Lohngesetz eingereicht. Nach der Begründung des Entwurfs ist die mangelnde Befähigung der Heimarbeiter, durch Zusammenschluß zu Verbänden ihre Lage zu verbessern, bekannt und gegenwärtig besonders bedenklich, weil sich die Löhne den wechselnden Verhältnissen nicht anpassen. Aus eigener Kraft können demnach die Heimarbeiter ihre Lage nicht verbessern. Infolgedessen hat der beim Reichsarbeitsministerium bestehende Arbeiterrechtsausschuss in dem Gesetzentwurf die Befugnis der bestehenden Fachauschüsse zur Lohnfestsetzung verankert. Sobald unzulängliche Löhne gezahlt werden und gütliche Verhandlungen erfolglos bleiben, sollen die Fachauschüsse das Recht haben, die Bestimmungen des Tarifvertrages zu genehmigen oder Mindestentgelte festzusetzen.

### Die Dollaranleihe — Vertragsverletzung

Paris, 28. März. (Eig. Drahtm.) Die Reparationskommission beriet auf Grund des bekannten französischen Antrags über die Zulässigkeit der deutschen Dollaranleihe. Einstimmig stellte sie sich auf den Standpunkt, daß das Reich ohne Zustimmung der Reparationskommission zur Ausgabe einer Anleihe nicht berechtigt sei. In einer Note an die Reichsregierung soll entsprechend diesem einstimmigen Beschluß festgestellt werden, daß die Auslegung der Anleihe ohne vorherige Befragung der Repko eine Verletzung des Verfasser Vertrages durch Deutschland bedeute. Die französischen Anträge auf Strafmaßnahmen aus diesem Anlaß drängen dagegen nicht durch. Die Frage, ob die Repko auf Grund des Artikels 248 das Ergebnis der Anleihe als einen Teil der Generalhypothek auf die deutschen Einnahmen betrachten könne, wurde nur von dem französischen und dem italienischen Vertreter bejaht, von dem Belgier, dem Engländer und dem Amerikaner verneint. Ebenso stellte sich die Kommission mit Ausnahme des französischen Delegierten auf den Standpunkt, daß die von der Reichsregierung den Zeichnern der Anleihe gegebenen Garantien gültig seien, da die Reichsbank als Privatinstitut in der Lage sei, den Anleihegebern alle gewünschten Sicherungen zu geben.

### Französische Eingeständnisse und Ansprüche

Am gleichen Tage hat auch die französische Regierung Erklärungen zum Konflikt im Westen gegeben, die nicht den bisherigen Forderungen trugen. Herr Poincaré gab die Unproduktivität der Pfänder, also den wirtschaftlichen Misserfolg des Ruhrunternehmens, als nicht wiederherzustellen. Er erklärte, daß die Ausbeutung des Ruhrgebietes geräumt würde. Auch Rosenbergs Erklärungen neigen wieder dahin. Daß diese Politik die Möglichkeit der Verhandlungen verzerren und die deutsche Arbeiterfront sprengen würde, muß nachdrücklich unterstrichen werden. Ob das im Auswärtigen Ausschuss gefasste ist und was die Regierung darauf erwidert und sonst noch erklärt hat, kann man erst erfahren, wenn ein besserer Bericht über die Reden der Abgeordneten erhalten wird.

### Keine Verhandlungen, solange die Franzosen an der Ruhr stehen

Nach dem Abg. Müller, Franken, sprach die Abg. Spahn (Sg.), Gelferich (Dnt. W.), Dr. Sirefmann (D. W.), Göttsch (Dnt. W.), Koenen (Komm.) und Breitscheid (Sg.). Am Schlußwort ging Minister v. Rosenbergs auf die Anfragen ein. (Der Bericht sagt jedoch nichts über die Erklärungen von Münchener Reichstagsrede, Neb.)  
W. L. W. meldet zum Schluß: Der Ausschuss war einstimmig in der Ablehnung der von der französischen Regierung geforderten Kapitalanleihe und in der Überzeugung von der Notwendigkeit der Fortführung des passiven Widerstandes mit dem Ziel, hierdurch und durch internationale Abmachungen die Befreiung des Ruhrgebietes von der heutigen unrechtmäßigen Inhabung herbeizuführen.  
Nach diesem Bericht ist ein klares Urteil über die Haltung der Regierung nicht möglich. Es ist selbstverständlich, daß der Widerstand im Ruhrgebiet fortgesetzt werden muß; es kommt aber jetzt darauf an, ob die Regierung eine vernünftige Verhandlungspolitik einschlägt durch ihre fortwährende Andeutung, Verhandlungen seien erst möglich, wenn vorher das Ruhrgebiet geräumt würde. Auch Rosenbergs Erklärungen neigen wieder dahin. Daß diese Politik die Möglichkeit der Verhandlungen verzerren und die deutsche Arbeiterfront sprengen würde, muß nachdrücklich unterstrichen werden. Ob das im Auswärtigen Ausschuss gefasste ist und was die Regierung darauf erwidert und sonst noch erklärt hat, kann man erst erfahren, wenn ein besserer Bericht über die Reden der Abgeordneten erhalten wird.